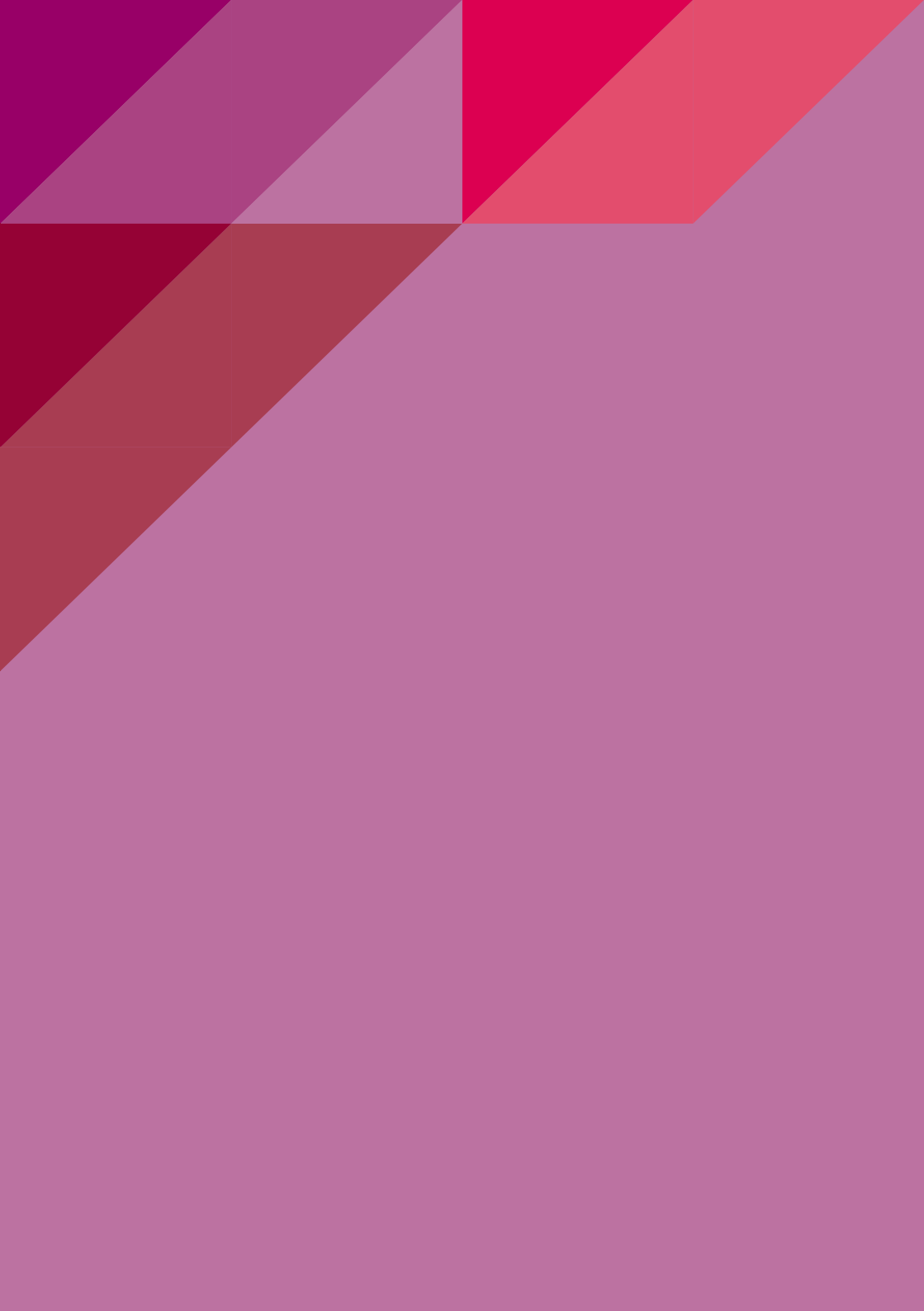


# **Pulver verschossen!**

**Zwischenbilanz der  
schwarz-gelben Landesregierung**





# **Pulver verschossen!**

Halbzeit für Armin Laschet und seine Koalition. Keine Landesregierung hatte so gute Startbedingungen wie das schwarz-gelbe Kabinett. Und keine hat so wenig daraus gemacht: Die Energiewende in NRW gewinnt nicht an Fahrt, sie bricht in sich zusammen. Der Familienminister enttäuscht mit seiner KiBiz-Reform Hunderttausende Eltern, Erzieherinnen und Erzieher sowie Träger im ganzen Land. Die „Heimatministerin“ versagt jeden Tag bei der Bekämpfung der schlimmsten Wohnungsnot seit den Fünfzigerjahren.

**Doch das ist nicht alles. Der Lehrermangel in NRW wird nicht kleiner, er wird immer größer.**

**Es wird bis 2024 nicht mehr, sondern weniger Polizisten in NRW geben.**

**Die Staus werden nicht kürzer, sondern länger.**

**Und die Investitionsquote des Landes steigt nicht, sie fällt.**

Schon nach zweieinhalb Jahren sind der Regierung Laschet die Ideen ausgegangen. Ihr Pulver ist verschossen. Es ist Zeit für mutige Investitionen in bessere Schulen und Kitas, in bezahlbare Wohnungen und neue Mobilität.

**Es ist Zeit für Fortschritt.  
Fortschritt für die Vielen.**

## Steuern und Finanzen: Leere Versprechen und sinkende Investitionen

### Was wurde versprochen?

Das Blaue vom Himmel. Steuern sollten sinken, öffentliche Investitionen steigen und „überflüssige Ausgaben“ wegfallen. CDU und FDP versprachen nicht weniger als eine große Reform: Unternehmen sollten weniger Gewerbesteuer und Hausbesitzer weniger Grundsteuer zahlen müssen. Die Grunderwerbsteuer sollte gesenkt werden.

### Was wurde getan?

Nichts. Es gab keine Steuer-senkungen, erst recht keine Senkung der Grunderwerbsteuer. Ob diese Versprechen jemals ernst gemeint waren? Wahrscheinlich nicht. Anstatt „überflüssige Ausgaben“ zu streichen, wurden über 500 neue Stellen in der Ministerialbürokratie geschaffen. Kostenpunkt: mehr als 25 Millionen Euro im Jahr. Schlimmer noch, Schwarz-

Gelb bereitet das Land nicht auf die Zukunft vor. Die Investitionsquote des Landes steigt nicht, sie sinkt. Um einen Prozentpunkt bis zum Jahr 2023. Die Regierung Laschet investiert zudem zu wenig in Bildung, bezahlbare Wohnungen oder neue Technologien.

### Was hätte die SPD-Fraktion getan?

Normalverdiener entlasten und in Fortschritt investieren. Keine Steuersenkung könnte die Eltern kleiner Kinder stärker entlasten als eine komplette Abschaffung von Kita- und OGS-Gebühren. Für normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht es um mehrere tausend Euro im Jahr. Durch die Streichung der Straßenausbaubeiträge würden wir zudem Hausbesitzer vor existenzgefährdenden Forderungen schützen. Unsere Investitionsoffensive für Schulen und Kindergärten würde für mehr Chancengleichheit und Bildungserfolge



sorgen. Durch die Gründung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft würde das Land dort bezahlbare Wohnungen schaffen, wo der Markt versagt. Wir setzen auf gezielte öffentliche Investitionen in innovative Unternehmen, neue Energie- und Verkehrssysteme, digitale Netze und ökologische Technologien. Für Sicherheit im Wandel und Fortschritt für die Vielen!

## Wohnungspolitik: Bilanz des Scheiterns

### Was wurde versprochen?

Wenig Konkretes. Großes Interesse an der Bekämpfung des Wohnungsmangels hat die Landesregierung nicht. Armin Laschet ging in seiner Regierungserklärung mit keinem einzigen Wort auf die Wohnungsnot ein. Dabei wird sie immer größer. Die Mieten in NRW steigen rasant. Immer mehr Menschen können sich das Leben in ihrer Heimat nicht mehr leisten. Und was will die schwarz-gelbe Landesregierung dagegen tun? Den Markt entfesseln und den landeseigenen Mieterschutz schleifen. Mieterrechte, Barrierefreiheit oder Klimaschutz sind für die Koalitionäre nur bürokratische

Regeln, die es abzuschaffen gilt. Dabei zeigt die Praxis: Der Markt regelt nicht alles. Wir brauchen mehr gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik. Deshalb muss der Staat wieder als starker Akteur auf dem Wohnungsmarkt auftreten.

### Was wurde getan?

Die Wohnungsnot wurde verschlimmert. In NRW müssten 100.000 Wohnungen pro Jahr gebaut werden, um bis 2024 die Lage zu entspannen. Tatsächlich wird nicht einmal die Hälfte gebaut. Besonders dramatisch ist die Entwicklung bei staatlich geförderten

Wohnungen mit Mietpreisbegrenzung. Die Anzahl dieser vom Land geförderten Wohnungen ist im Vergleich zu 2016 um 34 % gesunken, von 9.301 (2016) auf 6.159 (2018) Wohneinheiten. Warum? Weil trotz der dramatischen Lage CDU und FDP keinen Cent aus dem Landeshaushalt in den Mietwohnungsbau investieren. Nicht zuletzt: Die Regierung von Armin Laschet lässt Menschen mit Behinderungen im Stich. Barrierefreiheit wird in neuen Wohnungen nicht Standard, sondern Luxus sein.

### Was hätte die SPD-Fraktion getan?

Wir wollen einen Kurswechsel in der Wohnungspolitik: Eine Wohnungsbauoffensive für Normal- und Geringverdiener muss her! Wir brauchen mehr Wohnraum mit bezahlbaren Mieten. Wir würden die Mittel für den mietpreisgebundenen Wohnungsbau drastisch erhöhen und die Förderkonditionen modernisieren. Zudem würde eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft dort für gute und bezahlbare Wohnungen sorgen, wo der Markt versagt. Auf Erbpachtgrundstücken in öffentlichem Besitz würden Miet-



wohnungen mit unbefristeten Mietpreis- und Belegungsbindungen entstehen. Nicht zuletzt gäbe es in den Krisengebieten des Wohnungsmarktes auch eine Begrenzung des Mietpreisanstiegs: Bis sich die Lage entspannt, dürften dort die Mieten nur sehr begrenzt steigen. Gemeinwohl geht vor Renditemaximierung!

## Schule & Ganztag: Überschlagen und verunglückt

### Was wurde versprochen?

„Weltbeste Bildung!“ Darunter wollte es die FDP nicht machen. Die Ganztagschulen sollten ausgebaut und „qualitativ besser“ werden. Eine „Unterrichtsgarantie“ sollte es geben, ein Ende des Lehrermangels, eine bessere Inklusion und ganz generell „Aufstieg durch Bildung“. Kurzum: CDU und FDP überschlugen sich regelrecht mit ihren Versprechen. Bei der Umsetzung sind sie allerdings verunglückt.

### Was wurde getan?

Der Mangel an Lehrerinnen und Lehrern wird immer größer. Nur noch 58 % der ausgeschriebenen Stellen konnten 2019 besetzt werden. Nach Angaben der Landesregierung lag der Unterrichtsausfall mit 5,1 % in 2018 doppelt so hoch wie 2015. Schwarz-Gelb versucht die größten Löcher mit Seiteneinsteigern und Pensionären zu stopfen. Doch eine grundlegende Reform, die echte Besserung bringen würde, traut sich die Koalition nicht zu. Es gibt keinen Plan für eine ausreichende

Versorgung mit Betreuungsplätzen im Offenen Ganztag, keine Fortschritte bei der Betreuungsqualität und überhaupt keinen Ehrgeiz, das Betreuungspersonal aufzustocken, geschweige denn besser zu bezahlen. Schulen in einkommensschwachen Stadtteilen erhalten nicht die Unterstützung, die sie brauchen. Für bessere Schulen macht diese Koalition viel zu wenig. Für sozialen Aufstieg so gut wie nichts.

### Was hätte die SPD-Fraktion getan?

Den Lehrermangel an der Wurzel bekämpfen. Wir würden mehr Lehramtsstudienplätze schaffen und den Studierenden eine verlässliche Einstellungsperspektive bieten: Zudem darf es keine Lehrerinnen und Lehrer zweiter Klasse mehr geben. Durch eine Reform der Lehrbesoldung würden wir dafür sorgen, dass Grundschullehrerinnen und -lehrer nicht schlechter bezahlt werden als ihre Kolleginnen und Kollegen am Gymnasium (A13 für alle!). Vor allem würden wir dort das Personal verstärken, wo viele Kinder aus armen Familien kommen, wo es soziale Spannungen gibt



und wo viele Kinder Sprachprobleme haben. „Löschen, wo es brennt!“ lautet unsere Devise. Kein Kind zurückzulassen ist noch immer unser Anspruch. Den Ausbau der Offenen Ganztagschulen würden wir durch gesetzliche Mindeststandards bei Personal, Ausstattung und tarifliche Bezahlung ergänzen.

## Die Kita-Reform: Enttäuschung und Ernüchterung

### Was wurde versprochen?

Viele wichtige Dinge. Eine „auskömmliche Finanzierung“ für alle Kitas, mehr Personal für eine bessere Betreuung, flexible Öffnungszeiten (bis zu 24 Stunden). Sogar die Abschaffung der Kitagebühren, die CDU und FDP einst strikt abgelehnt hatten, stellten die Koalitionäre nun in Aussicht – wenn denn der Bund das Geld dafür beschafft.

### Was wurde getan?

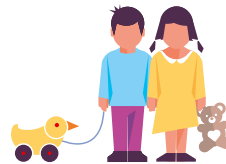
Ein weiteres Kita-Jahr wird tatsächlich gebührenfrei – dank der Mittel der Bundesregierung. CDU und

FDP blockieren diese kleine Entlastung junger Eltern nicht länger. Das erkennen wir an. Ansonsten ist die schwarz-gelbe KiBiz-Reform eine große Enttäuschung. Über 10.000 Erzieherinnen und Erzieher demonstrierten vor dem Landtag gegen den Entwurf der Laschet-Regierung. Mehr als 80.000 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben eine Protestpetition. Denn CDU und FDP lösen ihre Versprechen nicht ein. Sie bekommen 1,2 Milliarden Euro aus Berlin, holen sich neues Geld von den Kommunen, geben aber selbst kaum eigenes

Geld in das Kita-System. Das reicht nicht. Die Betreuungsqualität wird nicht so stark verbessert, wie es möglich und nötig wäre. Die Gruppen werden nicht kleiner und der Betreuungsschlüssel wird nicht besser. Die Erzieherinnen und Erzieher arbeiten am Limit, können aber nicht auf Entlastung hoffen. Flexiblere Öffnungszeiten wird es nur auf dem Papier geben. Eltern und Erzieherinnen und Erzieher sind zu Recht enttäuscht.

### Was hätte die SPD-Fraktion getan?

Endlich eine große Reform auf den Weg gebracht. Unsere Kindergärten brauchen eine auskömmliche Sockelfinanzierung, von der auch die freien Träger profitieren (sie werden jetzt von Schwarz-Gelb im Stich gelassen). Durch kleinere Gruppen und einen verbesserten Personalschlüssel würden wir alle Erzieherinnen und Erzieher entlasten und die Betreuungsqualität verbessern. Mehr pädagogisches Personal pro Gruppe würde eine individuelle Förderung der Kinder möglich machen – für



mehr Chancengleichheit und sozialen Aufstieg! Zudem müssen sich Kita-Öffnungszeiten an den Bedürfnissen von Familien orientieren. Und selbstverständlich würden wir die Kita-Gebühren abschaffen. Bildung muss gebührenfrei sein – von der Kita bis zu Hochschule!

## Wirtschaft, Arbeit & Energie: Konzert mit Luftgitarre

### Was wurde versprochen?

Eine Reise ins Phantasia-land: Bundesweite Spitzenplätze bei Wachstum und Beschäftigung durch Bürokratieabbau und ein „neues industriepolitisches Leitbild“, eine große Ruhrgebietskonferenz mit EU und Bundesregierung sowie einen „Neustart in der Energiepolitik“. Besonders verlockend: „Mehr Bewegung, weniger Stau“ – innerhalb von nur fünf Jahren.

### Was wurde getan?

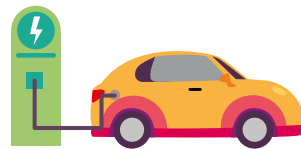
Zu allererst wurde ein dreites Wahlversprechen kassiert: Es wird nicht weniger Stau in NRW geben. Seitdem

Armin Laschet regiert, werden die Staus sogar länger – 264.000 Staus waren es in 2018 und damit über 6 % mehr als im Vorjahr. Und was macht der Bürokratieabbau? Die angekündigten Streichkonzerte entpuppen sich als Konzerte mit der Luftgitarre. Auf die Digitalisierung, die Globalisierung und den Strukturwandel reagiert Schwarz-Gelb mit der Abschaffung der Hygiene-Ampel oder der „Entbürokratisierung im Sport“. CDU und FDP glauben ernsthaft, dass vier zusätzliche verkaufsoffene Sonntage dem Einzelhandel gegen 365 Tage Onlinehandel helfen. Ein

neues industriepolitisches Leitbild gibt es genauso wenig wie eine große Ruhrgebietskonferenz. Stattdessen tagen nun Ministerarbeitskreise auf Zollverein. Überhaupt nicht wirkungslos ist indes der schwarze Kampf gegen die Windenergie. Der Zubau ist bereits eingebrochen. Die Folgen sind fatal: NRW wird seine Klimaziele verfehlen, ein Industriezweig mit 20.000 Jobs in NRW wird geschwächt und Investitionen in Milliardenhöhe werden verhindert.

### Was hätte die SPD-Fraktion getan?

NRW braucht mehr Mut und mehr Tatkraft. Wir setzen auf eine aktive Industriepolitik: Wir würden eine Beteiligungsgesellschaft für Startups und neue Technologien aus der Taufe heben und Wirtschaft und Wissenschaft noch besser vernetzen. Nordrhein-Westfalen kann das führende Land einer modernen Kreislaufökonomie werden, die aus Reststoffen neue Rohstoffe macht. Der Stahl der Zukunft kann aus Duisburg kommen, qualitativ hochwertig, ökologisch-nachhaltig, hergestellt in Werken, die mit Wasserstoff statt Kohle betrieben wer-



den. Elektrofahrzeuge können mit grünem Strom betankt werden, und wo möglich, auf kommunalen Plattformen geteilt und mit dem ÖPNV besser verzahnt werden. Ganze Wohnquartiere werden zu virtuellen Kraftwerken. Wir wollen Fortschritt für die Vielen, mit sicheren Jobs und mehr Lebensqualität.



## Lokale Demokratie und Kommunalpolitik: Machtversessen und machtvergessen

### Was wurde versprochen?

Wenn man mal von All-gemeinplätzen absieht (Selbstverwaltung achten, kommunales Ehrenamt stärken, mehr Bürgernähe etc.) sollten vor allem die Kommunalfinanzen im Mittelpunkt schwarz-gelber Politik stehen: kommunale Steuern stabilisieren und senken, Kommunalfinanzen insgesamt verbessern, „Altschuldenproblematik“ lösen. Bei der Reform der Grundsteuer B auf Bundesebene wollte sich die Landesregierung als „Anwalt der Kommunen“ aktiv einbringen.

### Was wurde getan?

Die Stichwahl bei der Wahl der Bürgermeister und Ober-

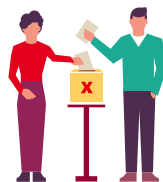
bürgermeisterinnen wurde abgeschafft. Wer im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhält, gewinnt. In Zukunft kann es passieren, dass man in NRW gegen den Willen von beispielsweise 70 % der Wählerinnen und Wähler Oberbürgermeister oder Bürgermeisterin werden kann. Und ihr Parteibuch – so mag manch einer kalkuliert haben – wird schwarz sein. Wer weniger Demokratie will, braucht eiskalten Machtwillen. Den hat die CDU. Warum die FDP bei diesem Handstreich den Komplizen gab, bleibt ein Rätsel. Weit weniger mutig waren die Koalitionäre beim Thema Straßenausbaubeiträge. Sie treffen Tausende Bürgerinnen und Bürger

jedes Jahr. Sie sind ungerecht und oft auch existenzgefährdend. Doch CDU und FDP wollen sie nicht abschaffen. Das Damoklesschwert bleibt hängen. So machtversessen sie das Wahlrecht verändern, so machtvergessen sind die Koalitionäre bei konkreten Problemen. Die kommunalen Steuern sinken nicht, das Altschuldenproblem ist weiterhin ungelöst und zur Grundsteuerreform hat die Regierung keine Meinung. Von einer aktiven Anwaltsrolle in Berlin ist auch nichts überliefert.

### Was hätte die SPD-Fraktion getan?

Unsere Städte und Gemeinden müssen wieder in die Lebensqualität vor Ort investieren können. Deshalb wollen wir ihre Altschulden in einen Fonds überführen, sie von Zinsen entlasten und gemeinsam mit dem Bund dafür sorgen, dass sie weniger Sozialleistungen bezahlen müssen. Selbstverständlich würden wir die Straußenausbaubeiträge abschaffen und die Stichwahl

beibehalten. Wir würden kommunale Wohnungsbaugesellschaften unterstützen und das Investitionsprogramm „Gute Schule 2020“ aufstocken.



# Schwarz-Gelb in NRW:

## Was sonst noch geschah ...

### JUNI 2017

Der neue Ministerpräsident ist noch nicht gewählt, da wird schon ein zentrales Wahlversprechen einkassiert. Mehr Bewegung, weniger Stau? Von wegen. So seien die Wahlplakate nie gemeint gewesen. Weniger Stau gäbe es irgendwann nach 2030. Vielleicht.

### JANUAR 2018

An den Stränden der Cayman-Inseln knallen die Champagnerkorken. Die NRW-Steuerfahndung verliert ihre besten Leute und die Landesregierung sieht tatenlos zu. Unter SPD-Finanzminister Norbert Walter-Borjans hatte NRW neun CDs mit hunderttausenden Datensätzen über Steuerkriminelle angekauft. Insgesamt sieben Milliarden Euro flossen in die Kassen von Bund, Land und Kommunen zurück. CDU und FDP haben an solchen Erfolgen kein Interesse. Deshalb gibt es sie auch nicht mehr.

2017

### DEZEMBER 2017

Armin Laschet behauptet, mit der belgischen Regierung über die Schließung der maroden AKWs in Tihange und Doel zu verhandeln. Leider hat die belgische Regierung das gar nicht bemerkt. Und als er dann tatsächlich nach Brüssel reist, wird er ohne Ergebnis wieder nach Hause geschickt.

### MÄRZ 2018

Die Landesregierung behauptet, dass ihre unter Druck geratene Umweltministerin Schulze Föcking das Opfer eines Hacker-Angriffs geworden sei. Doch das ist eine Falschmeldung, wie die Regierung schon sehr bald erfährt. Dennoch wird die Wahrheit über Wochen verschwiegen und die Öffentlichkeit nicht informiert. Im Mai muss die Umweltministerin zurücktreten.

## JULI 2018

Es kommt heraus, dass der Integrationsminister Stamp das Gelsenkirchener Verwaltungsgericht absichtlich über den Termin einer Abschiebung im Unklaren gelassen hat. Ein einmaliger Vorgang in der bundesdeutschen Geschichte. Richterinnen und Staatsrechtler sprechen von einer schweren Vertrauenskrise zwischen Regierung und Justiz. Der Rechtsstaat ist beschädigt.

## AUGUST 2019

Die Landesregierung lässt die Protest-Camps im Hambacher Forst räumen. Angeblich sind es die Sicherheitsmängel der Baumhäuser, die den größten Polizeieinsatz in der Geschichte des Landes notwendig machen. Mit der von RWE geplanten Rodung des Waldes, habe der Einsatz nichts zu tun, behauptet Innenminister Reul. Doch im August 2019 kommen Rechtsgutachten ans Licht, die etwas ganz anderes nahe legen: Die Landesregierung suchte nur nach einem Vorwand, um den Forst zu räumen. Die Begründung war ihr egal. Wieder einmal zeigt sich: Den Aussagen dieser Regierung ist nicht zu trauen.

2020

## MÄRZ 2019

Schulministerin Gebauer muss zugeben, dass sie einen 600.000-Euro Auftrag an eine Unternehmerin vergeben hat – ohne Ausschreibung. Die Nutznießerin hatte der FDP zuvor 50.000 Euro gespendet. Im Juni helfen keine Ausflüchte mehr. Der Auftrag wird zurückgezogen und ausgeschrieben. Jetzt können sich auch Unternehmen bewerben, die nicht an die FDP spenden.

## **Herausgeber**

SPD-Fraktion im Landtag NRW  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

## **Bezugsadresse**

SPD-Fraktion im Landtag NRW  
Pressestelle  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

oder unter

 [SPD-Fraktion@landtag.nrw.de](mailto:SPD-Fraktion@landtag.nrw.de)

 [www.spd-fraktion.nrw](http://www.spd-fraktion.nrw)

 [twitter.com/spd\\_fraktion\\_nw](https://twitter.com/spd_fraktion_nw)

 [facebook.com/spdfraktionnrw](https://facebook.com/spdfraktionnrw)

## **Druckerei**

oeding print GmbH  
Erzberg 45  
38126 Braunschweig

## **Gestaltung**

V-FORMATION – Agentur für visuelle Kommunikation

Diese Veröffentlichung der SPD-Fraktion im Landtag NRW dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Stand: September 2019

**#SozialerFortschritt**